

# KZBV: „Mit viel Gelassenheit die Dinge beobachten“

Im April trafen sich Krankenkassen, KZBV und VDZI zu einem Clearing-Gespräch. Während die Kassen Schwierigkeiten in der Umsetzung des Festzuschuss-Systems einräumten, verleugneten Zahnärzte-Vertreter nach wie vor die Realität. Zu dem Zusammentreffen befragte die ZT den VDZI-Präsidenten Lutz Wolf.

**ZT** Ende April fand ein so genanntes Clearing-Treffen in Köln statt, zu dem sich Krankenkassen- und Zahnärztevertreter sowie der VDZI zu einem Gespräch zusammen-



„Wir müssen darauf bestehen“, so VDZI-Präsident Lutz Wolf, „dass unverzüglich notwendige Veränderungen herbeigeführt werden.“

(Foto: VDZI)

gefunden haben. Welche Probleme in der Umsetzung des Festzuschuss-Systems wurden angesprochen und welche Konsequenzen wurden daraus während des Treffens gezogen?

Die Clearing-Stelle hat zunächst einmal die Situation aus der Sicht der beteiligten Organisationen und Verbände beleuchtet. Dabei sind die gegensätzlichen Positionen der KZBV und des VDZI noch einmal in aller Deutlichkeit zum Vorschein gekommen. Aus der Sicht des VDZI und auch der Krankenkassen gibt

technischen Umstellung vom prozentualen Zuschuss auf befundorientierte Festzuschüsse zu tun hat.

Die KZBV-Vertreter versuchten den VDZI und mich persönlich für die schlechte Fachpresse sowie die mit Unverständnis auf die fehlerhafte Umsetzung der Festzuschüsse reagierende Öffentlichkeit verantwortlich zu machen.

Ganz offensichtlich verwechselt man den Überbringer schlechter Nachrichten mit der schlechten Nachricht selbst.

Schließlich resümiert man aus einer eigenen komfortablen Situation, man müsse mit „Gelassenheit“ die Dinge beobachten und bis zum Jahresende valide Daten ermitteln, um reagieren zu können. Damit wurde eine Reaktionsbereitschaft zumindest nicht ausgeschlossen.

Der VDZI hingegen hat deutlich gemacht, dass angesichts der aktuellen Situation die weiteren Entwicklungen nicht mehr mit Gelassenheit abgewartet und beobachtet werden können. Zudem liegen bereits valide – also belastbare – Daten über die derzeitigen Schwachstellen des Systems vor. So erfüllen die VDZI-Umfrageergebnisse von 1.700 Betrieben alle Voraussetzungen, die man an die Demoskopie stellen kann, um aussagefähige Verhältnisse zu erkennen und entsprechend reagieren zu können, wenn man will.

Daher müssen wir darauf bestehen, dass unverzüglich notwendige Veränderungen herbeigeführt werden.

Im Gegensatz zur KZBV haben die Krankenkassen unsere Beobachtungen und Daten weitgehend bestätigt und sowohl die Schwierigkeiten eingeräumt, die sich bei der Bearbeitung der HKPs ergeben haben, als auch die Schwierigkeiten in Zusammenhang mit der Ausgrenzung von Versorgungsformen.

**ZT** Die Wiederherstellung des Versorgungsniveaus mit zahntechnischen Leistungen auf den Stand von 2004 ist eine der größten Aufgaben, die sich der VDZI stellt. Ist das Thema Leistungsausgrenzung im entsprochenen Umfang während des Treffens aufgegriffen worden?

Ja. Sie war eines der Hauptthemen. Der Schwerpunkt lag dabei in den unterschiedlichen Grundauffassungen von KZBV und VDZI zu dem Erfordernis von Ausgrenzungen nach der Einführung von Zuschüssen für Suprakonstruktionen. So wurde unter

anderem auch die Medienpolitik des VDZI von den Zahnärzte-Vertretern bemängelt, ganz nach dem Motto „Wendet Euch doch nicht so oft an die Öffentlichkeit, sagt doch nicht so offen, was los ist“. Doch für den VDZI ist es notwendig, bei Anfragen der Medien die Glaubwürdigkeit nicht für zweifelhafte Küngeleien zu gefährden.

Wir fordern eine Nachbesserung des an sich positiven Systems, damit es seine Chance erhält und die Patienten ihre Wahlmöglichkeiten in Anspruch nehmen können. Wir gehen davon aus, dass sich das System am Ende mit viel Vertrauen, auch der Bevölkerung in dessen Funktionsfähigkeit, etablieren kann. Das ist unsere Haltung. Die KZBV hingegen erklärt pausenlos, das System sei ein großer Erfolg. Ich halte diese Position für wahrheitswidrig und systemgefährdend.

Während des Clearing-Treffens wurden jedoch auch Sachthemen aufgegriffen und gelöst. So gibt es Korrekturen bei den Reparaturen, die angesichts der Größe des Problems jedoch nur von marginaler Bedeutung sind. Wir wollen, dass die Standardleistungen ins System zurückgeholt werden und in dieser Richtung ist keine Bewegung festzustellen.

Schließlich ging es auch um die Frage, welche Kompetenz das Zahntechnik-Handwerk in diesem Zusammenhang hat. Wir haben klar dargelegt, dass wir uns nicht als Juniorpartner fühlen, sondern diejenigen sind, die die höchste Fachkompetenz für

die Herstellung des Zahnersatzes haben und deshalb auch an allen Entscheidungsprozessen, bei denen es um das Medizinprodukt ZE geht, beteiligt werden müssen.

**ZT** Die gegensätzlichen Positionen konnten noch einmal dargelegt werden, doch hinsichtlich der Zielsetzungen des VDZI hat das Treffen keine Ergebnisse hervorgebracht. Haben Sie sich mehr erhofft?

Angesichts der einseitigen Politik der KZBV in den letz-

Aussagen pausenlos wiederholt werden. Wer solche Presseberichte gelesen hat, weiß, dass hier so schnell keine Bewegung reinkommen wird. So heißt es z. B. in der Pressemitteilung zur 100-Tage-Bilanz des Festzuschuss-Systems, dass das System funktioniere, der Versorgungsumfang erfüllt und die Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt gesichert sei, was man angesichts einer weitreichenden Klammermodellgussprothetik in der Regelversorgung nur als Hohn und Beleidigung

zudem die Regelversorgungsstruktur abgesenkt und schließlich ist das System mit vielen zusätzlichen und unnötigen Regelungen belastet, dass es geradezu eine bürokratische Last geworden ist, die kaum noch zu vermitteln ist. Das sind alles objektive Probleme.

Die KZBV ist der mächtige Player im System. Angesichts dieser Machtverhältnisse war in der Clearing-Stelle nicht mehr zu erwarten. Dennoch konnte man auch aus den Ausführungen der KZBV heraus hören, dass ein Nachdenken über Veränderungen möglich erscheint. Das ist im Gegensatz zu der früheren Position zumindest ein Anfang.

**ZT** Wie geht es in puncto Festzuschuss-System nun weiter? Wurden weitere Gespräche vereinbart?

Als Nächstes wird es eine Sitzung des Gemeinsamen Bundesausschusses geben. Und hier wird sich zeigen, ob es Kassen und KZBV für richtig halten, den VDZI auszugrenzen, oder den Partner mit ins Boot zu holen, der mit dem Festzuschuss-System die größten Probleme hat. Wir können nur hoffen, dass es beide Parteien für wichtig erachten, dass ein Konsens mit allen Partnern erzielt werden muss, um die Gegensätze nicht noch mehr zu verstärken. Die Krankenkassen haben kein Problem, mit uns zusammenzuarbeiten, nur die KZBV blockiert.

Weitere Termine mit dem BMGS sowie den Fraktionen des Bundestages stehen an. **ZT**



Der VDZI fordert eine „Nachbesserung des an sich positiven Systems, damit es seine Chance erhält und die Patienten ihre Wahlmöglichkeiten in Anspruch nehmen können.“

(Foto: Koelnmesse, aufgenommen anlässlich des Europäischen Fachpresstreffs zur IDS 12/04)

ten Monaten habe ich nichts anderes erwartet. Die KZBV kämpft darum, die Schwachstellen bei der Umsetzung zu bagatellisieren und die Politik von ihren Aussagen zu überzeugen. Deshalb betreibt die KZBV eine sehr starke Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, bei der gegenteilige

der Wissenschaft bezeichnen kann.

Dabei gibt es eine Reihe objektiver und schon längst bekannter Probleme, die nicht nur die Zahntechnik betreffen. So liegt der Versorgungseinbruch bei den Patienten bei über 60 %, die Herausnahme von Standardleistungen hat

ANZEIGE



es zu der Entwicklung der letzten vier Monate keine mehrdeutigen Auslegungen, sondern nur die Feststellung, dass die Einführung der Festzuschüsse zu einem schweren Versorgungseinbruch mit den bekannten Folgen für die zahntechnischen Betriebe und zum Teil auch für die zahnärztlichen Praxen geführt hat. Alles andere sind vordergründige Ablenkungsmanöver.

Zwar wurde erstmals von der KZBV eingeräumt, dass die Zahntechnik besonders unter der derzeitigen Situation zu leiden haben, verleugnet wurde jedoch weiterhin, dass die Regelversorgungsstruktur im Niveau deutlich abgesenkt wurde, was nichts mit dem politischen Auftrag der

## KZBV verleugnet Realität bei Festzuschüssen

Zahnärzteschaft, Bundesgesundheitsministerium sowie Gesundheitspolitiker ziehen entgegen offensichtlicher Mängel des neuen Systems eine positive gemeinsame 100-Tage-Bilanz

(cs) – „Das Festzuschuss-System funktioniert“, so lautet das Resümee des Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Jürgen Federwitz, 100 Tage nach Einführung des neuen Modells. „Die Patienten nehmen die Neuregelung nach anfänglichem Zögern gut an. Das zeigt die Entwicklung der Abrechnungszahlen“, so der KZBV-Chef weiter. Scheinbar hat man hier jedoch andere Zahlen vorliegen, als die, welche bereits seit Monaten die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des neuen Systems dokumentieren. Wie kann in der gemeinsamen 100-Tage-Bilanz von Zahnärzteschaft und Politik z. B. vom Funktionieren ge-

sprochen werden, wenn nachweislich immer mehr Patienten aus finanziellen Gründen den Weg zum Zahnarzt scheuen. Zehn bis 15 % der Patienten, so schätzt der Bundesverband der Verbraucherzentralen, komme ein Besuch beim Zahnarzt seit 1.1.2005 teurer. So wurde der Anspruch auf Leistungen, die früher zum Standard gehörten, einfach gestrichen bzw. durch höhere Zuzahlungen auf die Patienten umgelegt. Besonders deutlich sind diese Einschränkungen vor allem bei den teleskopierenden Kronen zur Verankerung partieller Prothesen am Restzahnbestand zu spüren. Hier wurden z. B. mehr als 80 % der einfachsten und wirkungsvollsten Verbindungs-

vorrichtungen aus der GKV-Versorgungspraxis ausgegrenzt. Statt dessen wird wieder auf Modellgussprothesen mit Stahlklammern gesetzt und eine Beschädigung der Zähne in Kauf genommen. Doch davon ist in der Bilanz nicht die Rede. Im Gegenteil: Das neue System stelle die Patienten „in der Regel nicht schlechter, bei manchen Behandlungen stellt es sie sogar besser. Und die Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt ist gesichert.“ Schöner Fortschritt! Zwar räumen die Verfasser auch Anlaufschwierigkeiten ein, jedoch werden die Ursachen hierfür (neben den verunsicherten Patienten) vor allem in den „Widerständen

betroffener Interessengruppen“ gesehen. Doch werden diese Widerstände nicht gerade deshalb laut, weil das System nicht funktioniert? Man denke hier nur an die dramatischen Versorgungseinbrüche der letzten Monate von bis zu 60 % bei Zahnersatz. Diese Einbrüche belasten nicht nur Labore (Umsatzrückgänge von bis zu 50 %, steigende Arbeitslosenzahlen, Kurzarbeit usw.), sondern auch Zahnärztl. Umso unverständlicher die Bilanz der KZBV. Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen – die drei „Fellburschen“ lassen grüßen. Jedoch, wem wird damit geholfen, wenn man vor der Realität die Augen verschließt? **ZT**

### ZT Schreiben Sie uns!

Ihnen brennt ein Thema unter den Nägeln? Sie möchten den Berufskollegen Ihre ganz persönlichen Erfahrungen und Ansichten näher bringen, zur allgemeinen Diskussion anregen oder unserer Redaktion einfach nur Feedback geben? Dann schreiben Sie uns! Schicken Sie uns Ihre Meinung an folgende Adresse:

Redaktion ZT Zahntechnik Zeitung  
Stichwort „Leserbriefe“  
Oemus Media AG  
Holbeinstraße 29  
04229 Leipzig  
Fax: 03 41/4 84 74-2 90  
E-Mail: c.sens@oemus-media.de



### ZT ZAHNTECHNIK ZEITUNG

#### Leicht gemacht

Die GEK bekleckert sich derzeit nicht gerade mit Ruhm. Zwar war sie einst jene Krankenkasse, welche durch einen überdurchschnittlichen Anteil an Zahntechnikern als Versicherte stets zum Handwerk stand. Doch diese Zeiten sind vorbei. Vielmehr werden Zahnärzte und somit Zahntechniker mit einem fragwürdigen Beitrag in der GEK-Mitgliederzeitschrift offen angegriffen und als Abzocker dargestellt. Nun – nachdem hierzu Kritik laut wurde – war auf einmal alles nicht so gemeint. Man würde

der Kasse etwas unterstellen, wenn man das, was im Artikel steht, auch so verstünde. Schließlich sei laut GEK das System schuld. Ja, das System ist schuld, dass Patienten deutlich weniger Leistung bekommen. Nur leider liest man dies im Artikel nicht. Dort ist stattdessen zu lesen, dass z. B. Implantatarbeiten unnötig und überflüssig seien. Doch dass gerade diese Versorgungsmöglichkeit nun den gesetzlich Versicherten offen steht, hatten einst auch die Krankenkassen gewollt. Schließlich waren es nämlich auch die GEK-Vertreter, die einst mit den Zahnärzten im Gemeinsamen Bundesausschuss die Festzuschüsse gestalteten. Die GEK kann nun gegenüber den Zahntechnikern Feh-

ler eingestehen. Schadensbegrenzung nennt man das, mehr nicht. Denn die öffentliche Meinung steht und wurde gelesen. Und das nicht nur von Zahntechnikern, sondern auch von den anderen Versicherten dieser Kasse. Möglicherweise hat die GEK ja zwei Gesichter.



Ihr Roman Dotzauer